



Erhöhte Hitzesterblichkeit bleibt politisch ohne Folgen

Die erhöhte Sterblichkeit bei älteren Menschen im Sommer 2026 ist aussergewöhnlich. Seit Ende Juni sind statistisch 610 Personen mehr gestorben, als zu erwarten gewesen wäre. Einziger erkennbarer Grund: Die Hitze. Der politische Aufschrei – findet nicht statt. Bundesrat Rösli warnte im Juni 2026 «nicht zu übertreiben und sofort ein Katastrophenszenario an die Wand zu malen». Zwei Monate später stellen wir fest, dass katastrophale Folgen der Erderhitzung tatsächlich eingetreten sind: Bäume und Felder verdorren, Tiere verenden, Menschen – insbesondere alte – sterben an Hitze. Grundtenor von verantwortlichen Politikern ist: Gegen den Klimawandel kann man nichts tun. Die vielen Hitzetoten werden hingenommen.

Wir sind empört, weil diese Entwicklung schon lange vorausgesagt wird und die Schweizer Politik sich nur halbherzig für den Klimaschutz einsetzt bzw. es wurde sogar versucht, die Mittel zu kürzen. Die kürzliche Entscheidung, 70 Millionen zu investieren, um den Hitzesommer zu bewältigen, ist sicherlich positiv, darf aber nicht täuschen: 17.5 Millionen Franken davon sind für Massnahmen für die Anpassung der Wälder an den Klimawandel, der Grossteil sind Betriebshilfen für die Landwirtschaft. Auch wenn es sich um eine wichtige Hilfe handelt, warten wir weiterhin auf mutige Massnahmen zum Schutz der Gesundheit der gefährdeten Bevölkerung.

Das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichts von 2024, das die Schweiz zu effektiveren Klimaschutzmassnahmen verpflichtet, wurde von der Mehrheit der Schweizer Politik leider nicht als Weckruf aufgenommen. Im Gegenteil! Es wurde ohne jegliche Evidenz behauptet, man unternehme bereits genug. Wer in diesem Sommer nur einmal aus dem Fenster geschaut hat, liess sich eines Besseren belehren. Ein koordinierter Hitzeplan wurde 2022 vom nationalen Parlament abgelehnt. Auch hier auf Antrag des Bundesrates, dass er «die in seiner Kompetenz stehenden Massnahmen bereits ergriffen habe». Unmotivierter geht es kaum. Wir erwarten von unseren Landesvätern innovative, vorausschauende Vorschläge auf eine Krise dieser Grössenordnung.

Das Thema Hitze beschäftigt Klima-Grosseltern und KlimaSeniorinnen nicht allein als direkt betroffene Bevölkerungsgruppen, wir denken auch an unsere Kinder und Enkelkinder. Als von der Hitze «Frühbetroffene» sehen wir uns in der Pflicht, früh und energisch nach Veränderungen zu rufen. Bereits gibt es auch Hinweise auf eine Übersterblichkeit bei Menschen, die zwischen 0 und 64 Jahre alt sind. Wir wollen nicht als Kassandra gelten, sondern erwarten, dass diese Warnung breit aufgenommen wird.

Unsere Forderungen an Regierung und Politik sind:

- Die Bevölkerung ist durch forcierten Klimaschutz und Anpassungsmassnahmen gegen die Hitze vor dem Klimawandel zu schützen. Dabei müssen soziale, alters- oder geschlechtsspezifische Diskriminierungen gezielt verhindert werden.
- Beim Klimaschutz ist zuvorderst bei den fossilen Treibstoffen (Verkehr, Flüge) anzusetzen. Diese sind weit weniger als fossile Brennstoffe gesunken und tragen mit ihrem CO₂-Ausstoss massgeblich zur kontinuierlich steigenden Erderhitzung bei.
- Insbesondere braucht es Anpassungen an die Klimaerhitzung in Spitälern und Pflegeheimen, in Schulen und Kitas.
- Schliesslich muss der öffentliche Raum so gestaltet werden, dass er vor Hitze besser schützt.

Die nötigen Massnahmen sind bekannt – es liegt an der Politik die vereinbarten Ziele durch entsprechende Massnahmen einzuhalten.

Peter Ettlin, 078 611 28 70, kommunikation@klimagrosseltern.ch

Rosmarie Wylder-Wälti, +41 61 302 96 35, info@klimaseniorinnen.ch

[Quelle Todesfälle: Bundesamt für Statistik, wöchentliche Statistik](#)